



Binswanger

Staatsstreich in Westminster

Boris Johnson behauptet, den Volkswillen gegen das Parlament durchsetzen zu wollen. Und startet einen Angriff auf die Demokratie.

Von [Daniel Binswanger](#), 10.08.2019

Diese Kolumne muss beginnen mit einer Erinnerung und kurzen Hommage an meine Deutschlehrerin am Gymnasium, die schon vor längerer Zeit verstorbene Maya Rauch. Sie war eine beeindruckende Germanistin, Emil-Staiger-Schülerin, Bildungsbürgerin im besten Sinne. Und sie hatte ein paar unverhandelbare Grundüberzeugungen, zum Beispiel dass Thomas Mann kein grosser Schriftsteller ist oder dass man Wagnerianern grundsätzlich nicht über den Weg trauen darf.

Gewissermassen das Fundament ihrer politischen Weltsicht bildete jedoch die Gewissheit, dass, wenn es hart auf hart kommt – und wer konnte schon wissen, ob es nicht einmal wieder hart auf hart kommen würde –, nur auf eine Zivilisationsmacht wirklich Verlass ist: Grossbritannien.

Ist das Vereinigte Königreich nicht die Heimstätte des Westminstersystems und damit des Parlamentarismus? Ist es nicht die Wiege des Empirismus und damit der Aufklärungsphilosophie? Ist es nicht die Weltmacht der guten Manieren, des unverwüstlichen Humors und des *no-nonsense*? Und vor allem: Hat es nicht in seiner *finest hour* im Alleingang den Kampf gegen das Hitler-Reich aufgenommen?

Ralf Dahrendorf, den deutschen Ürvater des europäischen Sozialliberalismus, führte die weltanschauliche Anglophilie gar bis zur Mitgliedschaft im House of Lords. Noch 2006 beschreibt er in seinem Alterswerk «Versuchungen der Unfreiheit» Grossbritannien als «Erasmusland», als die Heimat jener Skepsis, Rationalität und Gesinnungsfreiheit, deren Pionier

Erasmus von Rotterdam gewesen sein soll (im Gegensatz zum Religionsfanatiker Luther) und in der Dahrendorf das Urwesen einer liberalen Haltung erblickte. Die Überzeugung, dass Grossbritannien ein ewiges Bollwerk der Vernunft und der politischen Verlässlichkeit ist, war ein Grundpfeiler der europäischen Nachkriegsordnung.

Doch Erasmusland war gestern. Heute ist das Vereinigte Königreich – und wir können nicht ausschliessen, dass es nach der Abspaltung von Schottland, Wales und Nordirland schon bald zu «Little England» zusammengeschrumpft sein wird – die Beute des Boris Johnson. Der Brexit ist für Grossbritannien das ungleich existenziellere Problem als für die EU, aber der Epochenwechsel, den er darstellt, trifft uns alle. Was wird aus Europa, was wird aus dem europäischen Westen, wenn sein aufrechtes, aufklärerisches Rückgrat plötzlich einbricht?

In den gut zwei Wochen seit Johnsons Amtsantritt ist es im Königreich zu einer derartigen Explosion des politischen Wahnsinns gekommen, dass kein Desasterszenario mehr auszuschliessen ist. Sicherlich: Ganz so viel Schaden wie Trump kann Johnson nicht anrichten, ganz einfach weil Grossbritannien keine Weltmacht mehr ist.

Doch die Parallelen mit Trump gehen verblüffend weit: Es ist derselbe groteske Populismus, der von einem reinen Gezücht der obersten gesellschaftlichen Elite inszeniert wird. Es ist dieselbe schon fast zwanghafte Neigung, die Lüge zum wichtigsten politischen Kampfmittel zu erheben. Es ist dieselbe narzisstische Lust an vulgären Grenzüberschreitungen. Hat Johnson als britischer Aussenminister in einem BBC-Interview nicht ins Mikrofon gesagt, Franzosen seien «Scheisshaufen» (das Aussenministerium konnte in letzter Minute die Ausstrahlung verhindern)? Hat er nicht die Brüsseler Bürokraten mit Hitler verglichen? Hat er Obamas Politik nicht mit seiner «teilkoreanischen Herkunft» erklärt? In der Vulgarität seiner Transgression steht Johnson Trump in keiner Weise nach. Er ist nur die alteuropäische Version: mit Oxford-Abschluss, ohne Twitter.

Sowohl Trump als auch Johnson bringen das Kunststück zustande, gleichzeitig fanatische Radikalisierer und elastische Postideologen zu sein. Ihre Egomane diktiert ein Programm, das gleichzeitig absolut kompromisslos und völlig inhaltsleer ist. Kann Trump tatsächlich als Freund des *blue-collar workers*, als amerikanischer Patriot, als Abtreibungsgegner gelten? Ist Johnson tatsächlich ein Befürworter des Brexits? Es wurde relativ gut dokumentiert, dass er den EU-Austritt ausschliesslich als sein persönliches Vehikel zur Eroberung der Premiership betrachtet. Theoretisch könnte es heute ein Rettungsanker sein, dass Johnson aus rein machttechnischem Kalkül handelt. Leider aber betrachtet er es als beste Option für seinen Machterhalt, weiter an der Radikalisierungsspirale zu drehen. Und um Herrscher zu bleiben in seinem Castle, scheint er bereit, es abzufackeln.

So läuft denn für den Augenblick alles auf eine frontale Konfrontation mit der EU und einen No-Deal-Brexit hinaus. Natürlich ist denkbar, dass Johnson blufft. Aber seine Truppen sind dermassen eingeschworen auf No Deal, dass er nur mehr schwer zurückrudern kann.

Handkehrum ist auch auszuschliessen, dass die EU plötzlich neue Konzessionen machen und den sogenannten «Backstop» zur Sicherung einer offenen Grenze zwischen Irland und Nordirland zur Disposition stellen wird. Sie kann die existenziellen Interessen des Mitgliedstaates Irland nicht missachten. Man hat auch keine Sekunde den Eindruck, dass Johnson noch nach Wegen sucht, um mit der EU eine Verhandlungslösung zu finden. Seine Botschaft richtet sich nicht mehr ans EU-Spitzenpersonal. Sie

richtet sich an die Wähler von Nigel Farage, deren Unterstützung Johnson für einen Wahlsieg braucht.

So steuert Grossbritannien potenziell auf eine Verfassungskrise zu. Es scheint sehr wahrscheinlich, dass Johnson im September keine Parlamentsmehrheit mehr hat und einen Misstrauensantrag verlieren wird. Bereits haben seine Mitarbeiter angekündigt, dass er nicht – wie es die Gebräuche der britischen Demokratie vorschreiben würden – sofort zurücktreten wird, sondern dass er im Amt bleiben und den Termin für Neuwahlen auf einen Zeitpunkt nach dem Austrittsdatum vom 31. Oktober legen wird. Womit Johnson droht, ist nicht weniger als ein antiparlamentarischer Staatsstreich: Die wichtigste Entscheidung, die das Königreich seit dem Zweiten Weltkrieg zu fällen hat, will ein Premierminister an sich reißen, der dafür nicht die geringste demokratische Legitimation hat.

Auf welcher Basis soll dieser Anschlag gegen das älteste Parlamentssystem der Welt vollzogen werden? Natürlich auf der Basis der direkten Demokratie. Wenn es noch einen Beleg braucht, dass der Rechtspopulismus das Plebiszit als den Vorschlaghammer betrachtet, mit dem er die Institutionen der Demokratie zertrümmern kann, dann ist der Fall Johnson an Beweiskraft nicht mehr zu überbieten. Ein 52-Prozent-Ja von vor über drei Jahren, gefällt von Bürgern, die über die Modalitäten des Austritts vollkommen im Dunkeln waren, soll die Entmachtung der gewählten Volksvertreter und den erzwungenen No-Deal-Brexit rechtfertigen? Das älteste Parlament der Welt soll zu den Geschicken Grossbritanniens nichts mehr zu sagen haben? Es ist eine blutige Farce. Und es zeigt den profund antidemokratischen Impuls des heutigen Populismus.

Es ist offen, wie die Verfassungskrise bewältigt oder doch noch vermieden werden soll. Es gäbe die Option einer interimistischen Regierung der nationalen Einheit, was allerdings bedingen würde, dass die Labour-Abgeordneten, die Lib Dems und übergelaufene Tories sich einigen können. Für den Fall, dass Johnson seinen Sitz nach verlorenem Misstrauensvotum nicht räumen will, wird sogar ernsthaft die Eventualität einer Intervention der Queen diskutiert, die das (seit knapp zweihundert Jahren nie mehr in Anspruch genommene) Recht hätte, den Premierminister zu entlassen. Das ist, wo wir stehen: Vielleicht kann nur noch die greise Monarchin die britische Demokratie retten.

Wird Boris Johnson seinen Angriff auf die parlamentarische Demokratie tatsächlich durchziehen? Wird das auch im übrigen Europa Schule machen? Konservative Eidgenossen berufen sich immer leidenschaftlich darauf, die Schweiz sei das Grossbritannien Kontinentaleuropas. Und wenn sie recht bekommen?